

http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-27597/spd-geht-in-die-offensive-steinbruecks-nebeneinkuenfte-zahlungen-auch-aus-lichtenstein-und-der-schwe-kipping-peer-steinbrueck-ist-ein-kandidat-ohne-zukunft_aid_833383.html

Umstrittene Nebeneinkünfte

Gelder für Steinbrück aus der Schweiz und Liechtenstein

Samstag, 06.10.2012, 09:17



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück

AFP

Die Debatte um die Nebeneinkünfte von Peer Steinbrück treiben den SPD-Kanzlerkandidaten in die Defensive. Jetzt wurde bekannt, dass seine Auftritte indirekt von Unternehmen aus der Schweiz und Liechtenstein finanziert wurden. Vor allem Steinbrücks Teilnahme an einem Kongress in Berlin gilt als heikel.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück drohen bei einer Veröffentlichung seiner Nebeneinkünfte weitere Unannehmlichkeiten. Nach FOCUS-Informationen haben auch Finanzinstitute aus der Schweiz und Liechtenstein zumindest indirekt mehrere Auftritte des früheren

Bundesfinanzministers als Redner finanziert. Als heikel gilt vor allem die Teilnahme Steinbrücks am „Zukunftskongress“ des Strukturvertriebs AFA, der vergangenen November in Berlin stattfand. Denn die AFA ist eng mit dem führenden Liechtensteiner Lebensversicherungsunternehmen Prisma Life verbunden. Dessen Chef Markus Brugger wirbt für seine Produkte vor deutschen Kunden gerne mit folgendem Versprechen: „Wir bauen dazu gewisse liechtensteinische Vorteile wie das Versicherungsgeheimnis, das dem Schweizerischen Bankgeheimnis weitestgehend entspricht.“

SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte Schweizer Banken unter anderem wegen Umgehungsgeschäften mit Lebensversicherungen aus Liechtenstein in die Nähe von Organisierter Kriminalität gerückt.

SPD: Union und FDP „müssen sich jetzt an Steinbrück messen lassen“

Nach einer Blitzumfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für FOCUS sind knapp zwei Drittel der Deutschen dafür, dass Steinbrück seine Nebeneinkünfte für Reden und Vorträge veröffentlicht. 65 Prozent beantworteten eine entsprechende Frage mit ja. 28 Prozent der Befragten antworteten mit nein. Sieben Prozent machten keine Angaben oder sagten, sie wüssten es nicht. Insgesamt wurden am 4. Oktober 502 Bundesbürger durch Emnid befragt.

Die SPD geht noch weiter: Sie fordert nun von **Union und FDP, ihre Nebeneinkünfte ebenfalls publik zu machen**. „Sie müssen sich jetzt an Peer Steinbrück messen lassen“, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht. Der **SPD-Kanzlerkandidat hatte am Freitag angekündigt, in Kürze weitgehende Klarheit über seine massiv kritisierten Vortragshonorare als Abgeordneter zu schaffen**. Er will Auftraggeber, Ort und Thema jedes Vortrags veröffentlichen – sowie ein durchschnittliches Honorar, nicht jedoch die exakten Beträge.

Gabriel: „Ich habe die Heuchelei von CDU/CSU und FDP satt“

Lambrecht nannte es „heuchlerisch“, dass führende CSU-Politiker sowie FDP-Generalsekretär Patrick Döring, der selbst zahlreiche Nebentätigkeiten ausübt, von Steinbrück mehr Transparenz verlangen. Genau dies sei von Schwarz-Gelb schließlich jahrelang blockiert worden. **Döring hatte Steinbrück wegen seiner Nebentätigkeiten als Abgeordneter „knallharte Gewinnertätigkeit“** vorgehalten und erklärt, dem SPD-Politiker fehle „das Gen eines ehrbaren Kaufmanns“.

SPD-Chef Sigmar Gabriel forderte ein verschärftes Abgeordnetengesetz: „Ich habe die Heuchelei von CDU/CSU und FDP satt, die jetzt Peer Steinbrück zur Offenlegung seiner Vortragseinnahmen auffordern, zugleich aber die Umsetzung der UNO-Konvention zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung ebenso blockieren wie mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten“, sagte Gabriel dem „Darmstädter Echo“ vom Samstag. CDU, CSU und FDP sollten deshalb besser mithelfen, das Gesetz noch in dieser Wahlperiode zu ändern. Denn „Steinbrücks freiwillige Offenlegung ist jetzt der Maßstab.“

Anti-Korruptions-Organisation warnt vor Mogelpackung bei Gesetzesänderung

Die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International warnte jedoch vor einer „Mogelpackung“ bei der angestrebten Neuregelung der Veröffentlichungsvorschriften für Nebeneinnahmen von Abgeordneten. Geschäftsführer Christian Humborg begrüßte in der „Passauer Neuen Presse“ vom Samstag zwar den Vorschlag, das derzeitige System von drei Stufen um mehrere Stufen zu erweitern. Dieser Vorschlag sei aber nicht neu. „In der Vergangenheit wurde damit die Überlegung verbunden, dass Nebeneinkünfte erst ab 10 000 und nicht wie bisher ab 1000 Euro veröffentlichungspflichtig sein sollten.“ Dies habe seine Organisation abgelehnt. „Nach oben mehr Transparenz zu schaffen, aber nach unten weniger – das wäre eine Mogelpackung.“

Derzeit brauchen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte lediglich drei Stufen zuordnen: bis 3500 Euro, bis 7000 Euro und mehr als 7000 Euro. Die exakte Höhe lässt sich deshalb nicht angeben.

Kipping: Peer Steinbrück ist ein „Kandidat ohne Zukunft“



Heftige Kritik an Steinbrück kam auch aus den Reihen der Linkspartei. Linken-Vorsitzende Katja Kipping warf der SPD einen Widerspruch zwischen ihrem Image und ihrem tatsächlichen Handeln vor. „Die SPD hat eine große Differenz zwischen ihrem Image als Partei der kleinen Leute und Malocher auf der einen Seite und ihren Gesetzesvorlagen, die am Ende deren Interessen meist treten. Es ist eine Art von Schizophrenie“, sagte Kipping der „Welt“ vom Samstag. Den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück bezeichnete Kipping als „Kandidat ohne Zukunft“.

Steinbrück stehe Merkel näher als der SPD-Basis und es sei zu befürchten, dass er seine Partei zum „Appendix der Lobbyisten macht, von denen er enorme Honorare für Vorträge und Interviews bekommen hat“, sagte Kipping.

„Steinbrück hat so agiert wie jeder andere Politiker auch“

Steinbrück hat mehr Transparenz bei seinen
Nebeneinkünften angekündigt

dpa

Unterstützung bekommt der SPD-Kanzlerkandidat von einer der Agenturen, die ihn vermittelt hat. „Steinbrück hat so agiert wie jeder andere Politiker auch“, sagte Siegfried Haider, Inhaber der Agentur Experts4Events und Gründer

des Deutschen Rednerverbandes, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom Samstag. Der Sozialdemokrat könne komplexe Sachverhalte einfach darstellen. „Die Kunden holen Steinbrück, weil er ihnen die Hallen voll macht.“ Es sei unfair zu behaupten, dieser werde dadurch käuflich. Haider hat Steinbrück nach eigenen Angaben zweimal vermittelt; einmal ist die Agentur auf Steinbrücks Webseite vermerkt. Die Honorare für derartige Vorträge gingen bei 5000 Euro los, so der Agentur-Inhaber, und hätten nach oben hin keine Grenze. Zuweilen würden auch sechsstellige Summen gezahlt.

CDU und CSU reiben sich unterdessen die Hände: In der Debatte über Steinbrücks Nebeneinkünfte werde es keinen Schlussstrich geben, „solange er nicht volle Transparenz hergestellt und alles auf den Tisch gelegt hat“, sagte Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) der „Welt am Sonntag“. Außerdem sei Steinbrück zwar **ein „kluger Technokrat, aber ihm fehlt der Rückhalt** der eigenen Partei, und er wirkt auf Menschen sehr unnahbar“, so Aigner. Das werde der Union zugutekommen.

Auch David McAllister, CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen, sieht Steinbrück als Kanzlerkandidaten der SPD positiv. Seiner Einschätzung nach wird der CDU in Niedersachsen bei der Landtagswahl im Januar nächsten Jahres dadurch keine Stimme verlorengehen. die Union in Niedersachsen sehe die vorgezogene Entscheidung der SPD für Steinbrück und seinen wirtschaftspolitischen Kurs mit großer Gelassenheit. Anstelle von Rückenwind müsse sich SPD-Herausforderer Stephan Weil nun eher auf Gegenwind aus den eigenen Reihen einstellen, weil Teile der SPD-Basis mit Steinbrück Probleme hätten, sagte McAllister.

pie/dpa/AFP

© FOCUS Online 1996-2013

Drucken

Fotocredits:

AFP, dpa

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.